

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltene 3 mm hohe (Reiß-)Zeile oder deren Raum mit 15 Fig. berechnet; auswärts 20 Fig. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 M. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorchrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmehgebühr für Offerten und Auktunst beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 11.

Dienstag, den 25. Januar 1927.

20. Jahrgang.

Memels Kampf um seine Rechte.

Das memelländische Deutschland hat seit seiner Abtrennung vom deutschen Heimatland einen schweren Kampf um seine wirtschaftliche Existenz und um seine politischen Rechte zu führen. Die Vorgänge, die mit der Auflösung des memelländischen Landtags verbunden sind, haben diesen Kampf wieder einmal aller Welt deutlich gemacht.

Am Memelgebiet ist im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker schwer gekämpft worden. Als 1919 in Versailles über die Neuordnung Europas beraten wurde, hatte Frankreichs Vertreter, der greise Clemenceau, nur eine Sorge, nämlich die, wie man einem Wiedererwerb Deutschlands ein für allemal unmöglich machen konnte. Deutschland sollte jede Bewegungsfreiheit verlieren und zu diesem Zweck ringsum von feindlich gesinnten Nachbarn eingeschlossen werden. Diesen Erwägungen verbanden die alliierten Landstaaten ihre Entschlüsse. Sie sollten Deutschland von Ausland trennen und unter polnischer Führung einen Deutschland bedrohenden Block bilden. Um das zu ermöglichen, bemühte sich die Versailleer Friedenskonferenz, jedem Staat, soweit es möglich war, ein Stück deutschen Bodens zuzuteilen.

Litauen hat das Memelgebiet erhalten. Um den amerikanischen Präsidenten Wilson dafür zu gewinnen, wurde ihm Material unterbreitet, das dargetan sollte, daß das Memelgebiet nicht von deutschen, sondern von Litauern besetzt werden und deshalb in Lebensgemeinschaft mit Wilsons Grundgedanken vom Selbstbestimmungsrecht der Völker Litauen zugesprochen werden müsse. Das ist denn auch geschehen. Wie unerwartet diese Maßnahme war, sollte sich bald zeigen. Denn als das Memelland die Wahlen zu dem ihm gewährten Landtag vornahm, brachten diese ein Ergebnis, das für den deutschen Charakter des Landes ein übermäßigendes Zeugnis ablegte. Und heute ist es nicht anders! Von den 29 Abgeordneten, die der Landtag zählt, sind 27 Deutsche und zwei Litauer! In diesem Zahlenverhältnis nunzeit die politische Lage des Memellandes. Wie in anderen Fällen hat der Versailleer Friedensvertrag auch hier eine heisse Gewalttätigkeit gebracht und als Folge ewige Weibungen und immer neue Konfliktsmöglichkeiten!

Memels Befrennis zum Deutschum hat Litauen dazu veranlaßt, nach Mitteln und Wegen Ausschau zu halten, um dieses Befrennis zu verwischen und für die Zukunft abzuändern. Dabei ist Litauen wiederholt mit dem Memelstatut in Konflikt gekommen. Das Memelstatut, das die staatspolitischen Verhältnisse zwischen Litauen und Memel regelt, gewährt dem abgetrennten Gebiet volle Autonomie. Das Memelgebiet hat also das Recht, sich selbst zu verwalten und sein politisches und kulturelles Leben so zu gestalten, wie es das wünscht. Nichts ist der litauischen Regierung aber so verhaßt, als diese Freiheit. Während des größten Teils seiner Zugehörigkeit zu Litauen ist Memel unter dem Ausnahmestatus registriert worden. Das hängt einmal damit zusammen, daß Litauen ein junger Staat ist und seine politische Entwicklung noch viel zu wünschen übrig läßt, weil ihr Erfahrung und Übung fehlt. Zum anderen befindet sich Litauen aber auch in einer recht kritischen außenpolitischen Lage, — seit Jahren lebt es mit Polen im Kriegszustand —, jede Aufbauarbeit im Innern aufs äußerste erschwert.

Deutschland konnte der politischen Vertilgung Litauens einige Zeit ruhig zusehen. Auf die Dauer aber können ernste Einwirkungen nicht ausbleiben! Denn der Kampf des Memelländer Deutschlands ist von Litauern heraufbeschworen worden. Die Regierung in Kovno trieb eine Politik, die auf eine gewaltsame Durchdringung des Memelgebietes mit litauischen Parteien abzielte. Eine Verschärfung erfuhr der Konflikt, als der memelländische Landtag den Präsidenten des Landesdirektoriums, Simonaitis, zum Rücktritt zwang. Nach dem Rücktritt des Direktoriums hat die litauische Regierung einen neuen Präsidenten ernannt, der ebenfalls zum Rücktritt gezwungen wurde, weil er ohne Fühlung mit dem Landtag ernannt worden war. Statt nun dem Landtage Rechnung zu tragen, da das Landesdirektorium das Vertrauen des Landtages verlor, um die litauische Regierung den Weg zum Autonomie wiederholt und schließlich den Landtag auflöste. Das ist unsso befremdlicher, als die deutschen Parteien sich unter großen Opfern wiederholt um eine Beilegung des Konfliktes bemüht haben.

Die litauische Regierung hofft offenbar, unter dem Belagerungszustand ein für sie günstigeres Wahlergebnis erzielen zu können. Die Neuwahlen.

die am 4. März stattfinden, dürften diese Rechnung durchkreuzen. Deutschland ist Litauen nicht feindlich gesinnt, es kann aber mit Litauen nicht gut Freund sein, wenn Litauen nicht einmal den in seinen Grenzen lebenden Deutschen die Rechte gewährt, die es ihnen gemäß den eingegangenen internationalen Verpflichtungen gewährt muß. Litauen muß sich also zu einer Verringerung seiner bisherigen Memelpolitik entschließen.

Entwaffnungskompromiß.

Deutschland hält an den Befestigungen in Königsberg und Löben fest.

Nach den letzten Meldungen aus Paris scheinen die Verhandlungen über die deutschen Entfestigungen allmählich ihrem Ende entgegenzugehen. Während man in amtlichen Kreisen über den Verlauf der Verhandlungen Stillschweigen bewahrt, beschäftigt sich die französische Presse eingehend mit dem Stand der Dinge. Wenn man dem „Echo de Paris“, der den französischen Militärfreien nahesteht, glauben kann, ist nunmehr auch in den Fragen der Entfestigungen grundsätzlich eine Einigung erzielt.

Tanach soll Deutschland bezüglich Wlogans und Küstrins Verletzungen zugestehen und sich zur Abstellung bereit erklärt haben. Die Verdrängungsanlagen von Königsberg und Löben, die in Umfang und Stärke viel bedeutender seien, sollen ausrechterhalten werden.

Neben den Fragen der Entfestigungen werden noch die in Berlin getroffenen Vereinbarungen in der Frage des Kriegsmaterials viel erörtert. Ueber diese Verhandlungen schreibt die dem deutschen Außenminister nachstehende „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“: „Es handelte sich hierbei in erster Linie um die

Ausfuhr von Halbjedritaten.

die von der Gegenseite als Rüstungsmaterial bezeichnet wurden. Die Verständigung mußte nach zwei Seiten hin erzielt werden, einmal mit der Militärkontrollkommission, und zum anderen mit den beteiligten Kreisen der deutschen Industrie. Es ist natürlich, daß dabei von beiden Seiten gewisse Konzeptionen gemacht werden mußten, um zu einer Verständigung zu gelangen. Das vorläufige Ergebnis dieser Verständigung bedeutet für die beteiligten deutschen Industrien gewisse Opfer, die im Interesse einer glatten Entfestigung und einer endlichen Vereinigung der s.g. Westpunkte nicht zu vermeiden waren, von denen man aber hoffen darf, daß sie nunmehr abschließend sein werden.“

Maginot über die Räumung.

„Keine Sicherheitsgarantie ist jowiel wert wie die Befestigung.“

Einen Beweis dafür, wie die Feinde der Briand'schen Entpannungspolitik arbeiten, liefert der ehemalige Kriegsminister Maginot, der der intime Freund Poincarés gewesen ist. Er äußert sich über die Frage der vorzeitigen Rheinländeräumung und erklärt u. a., es gebe überhaupt keine wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile, die eine Sicherheitsgarantie, eine Ausfuhr, den Krieg zu vermeiden, aufwiegen könnten. Keine Sicherheitsgarantie sei so viel wert, wie die Beibehaltung der Befestigung des Rheinlandes. Die Zurücknahme der französischen Truppen gegen die Einrichtung einer internationalen Spezialkontrollkommission im besetzten Gebiet auszuhandeln, werde nur ein Geschäft sein, bei dem die Franzosen getäuscht würden. Es würden eine tatsächliche Garantie gegen eine Invasion austauschen.

Wenn Maginot zum Schluß seiner Erklärung noch feststellt, er sei ebenfalls für eine deutsch-französische Annäherungspolitik, da sie eine unerläßliche Grundlage für den europäischen Frieden sei, so ist diese Aeußerung nicht recht verständlich. Denn eine deutsch-französische Annäherung ist nicht denkbar ohne die schleunige Aufhebung der Befestigung.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 25. Januar 1927.

— Die Reichsregierung und die preussische Regierung wollen die Steuererträge, die die Bewohner Belgiens noch besitzen, bis zum 1. April 1928 befristet.

— Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberböhmen, Calandier, bestatigte das Gletzener Ge-

ängnis, um sich von der Unwahrscheinlichkeit der politischen Behauptungen über angebliche Mißstände in diesem Gefängnis zu überzeugen.

— Anfang Februar wird der Kreuzer „Sambor“ als erstes deutsches Seeforschungsschiff nach dem Kriege dem arabischen Ozean einen Besuch abstatten.

— **Keine Betrügereien bei Waffentäufen der Reichswehr?** Eine amtliche Mitteilung bezeichnet die Beschuldigungen über angebliche Betrügereien bei der Reichswehr als unmaßgebend. Der durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Major Widemann habe sich ebenso wenig etwas zu Schulden kommen lassen, wie der Major a. D. Glogowski. Es sei auch nicht richtig, daß Glogowski entlassen wurde. Zum Schluß wird noch mitgeteilt, daß das Reich durch betrügliche Handlungen bei Waffentäufen nicht geschädigt worden ist. Gegen die Vertreter der unwahren Nachrichten soll Strafanzeige erstattet werden.

— **Die Regierungsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.** Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugehen lassen. Die Denkschrift behandelt in eingehenden Ausführungen das Programm, das der Reichsarbeitsminister im Juli dem Reichstag mitgeteilt hat, und bringt genaue Angaben über den jetzigen Stand der verschiedenen Maßnahmen. Während manche der beschlossenen Maßnahmen bereits vollständig ausgeführt worden sind, sind andere noch im Gange; ihre volle Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt wird daher erst in den folgenden Monaten in Erscheinung treten.

— **Eintrag auf Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.** Die Wirtschaftspartei hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß das Reichsmietengesetz sowie das Gesetz über Mietererleichterung und Mietminderungen bald aufgehoben wird. Zur Vermeidung von Mißständen und unbilligen Härten werden Uebergangsbestimmungen mit angemessenen Fristen hinsichtlich der Mietzinsbildung als auch der Kündigung eines Mietverhältnisses gefordert.

— **Kommunisten unter der Anklage des Landesfriedensbruchs.** Am Tage des Volksfestes hatte in Solingen ein Trupp des Roten Frontkämpferbundes eine Abteilung des Jungdeutschen Ordens angegriffen, wobei sich eine gefährliche Schlägerei entwickelt hatte. Wegen dieser Vorgänge hatten sich 22 Kommunisten wegen Landesfriedensbruchs zu verantworten. Das Schöffengericht verurteilte den kommunistischen Stadtverordneten Broch und den Arbeiter Melchior zu je sieben Monaten Gefängnis. Vier Angeklagte erhielten je sechs Monate, zwei drei Monate Gefängnis, die übrigen 14 Angeklagten wurden freigesprochen.

Rundschau im Auslande.

— Anfang Februar sollen in Bragg die deutsch-türkischen Handelsvertragsverhandlungen fortgesetzt werden.

— Die englischen Liberalen, die mit Lloyd George nicht einverstanden sind, wollen sich unter Führung Lord Grey zu einem „Liberalen Block“ zusammenschließen.

— Der türkische Unterstaatsminister hat eine Europareise angetreten und will als eine der ersten Städte Berlin aufsuchen, um das deutsche Schulwesen kennen zu lernen.

Polens Sorge um seine Westgrenzen.

— Polnische Blätter verbreiteten die Meldung, bei der Zusammenkunft zwischen Briand und Stresemann sei auch über eine Revision der deutschen Ostgrenzen gesprochen worden und zum Ausdruck gebracht, daß diese Grenzänderung nicht für die Ewigkeit gelten könne. Briand habe versagt, es läme darauf an, was Deutschland Polen als Gegenleistung biete. Die französische Regierung bezeichnet diese Meldungen als unrichtig und habe ihren Botschafter in Warschau ersucht, die polnische Regierung davon in Kenntnis zu setzen.

Tripplinarverfahren gegen die Landauer Richter?

— Der französische Kriegsminister soll auf Grund des stenographischen Berichtes über den Douziere-Prozess in Landau gegen den Vorsitzenden und den Staatsanwalt des Kriegsgerichts eine Untersuchung angedenkt haben. Der Schritt des Kriegsministers wird als politische Maßnahme betrachtet und mit den in dem Prozess gemachten Neuerungen gegen die Prozedurpolitik in Verbindung gebracht. Eine amtliche Bestätigung der Nachricht steht noch aus.

